

Verleihung des EuroNatur-Preises 2017

Bodenseeinsel Mainau am 11. Oktober 2017

Ansprache der EuroNatur-Präsidentin Christel Schroeder

Wir sind zusammengekommen, um Frau Gudrun Steinacker den EuroNatur-Preis zu verleihen in Anerkennung ihres langjährigen, hohen persönlichen Einsatzes für den Erhalt des europäischen Naturerbes insbesondere in Südosteuropa.

Seit der Gründung führt unsere Stiftung Naturschutzprojekte auf der Balkan-Halbinsel durch. Naturschutz ist eine politische Angelegenheit, nicht nur, weil er den Entscheidungen der jeweiligen Regierungen unterworfen ist, sondern auch und vor allem, weil er das Leben und Wirtschaften von Menschen betrifft. Unser Ansatz ist transnational, wir glauben nicht an die wieder erstarkenden Verheißungen des Nationalen. Durch Partner vor Ort haben wir die Chance, die Lebenssituationen der Menschen in den Projektregionen kennenzulernen. Wenn es um Raubbau an den natürlichen Ressourcen geht, stellen wir fest, dass ihre Auseinandersetzungen auch unsere sind.

Gegenwärtig erleben wir in Südosteuropa aggressiv geführte Konflikte um die Frage nach der Verwendung des Naturerbes. Um diese Auseinandersetzungen zu verstehen, ist ein Blick in die jüngere Geschichte unerlässlich. Aus gegebenem Anlass möchte ich mich dabei den westlichen Balkanstaaten zuwenden. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien hatte ihre Wurzeln in den Widerstandsgruppen im Zweiten Weltkrieg, sie bestand danach fast fünfzig Jahre. Sie war die friedliche Vereinigung der südslawischen Völker und garantierte allen einen bescheidenen Wohlstand mit verhältnismäßig guten Bildungschancen und allgemeiner Gesundheitsversorgung. Zwar gab es durchaus soziale Probleme, eine zunehmende Arbeitslosigkeit, ein ökonomisches Gefälle zwischen den Teilrepubliken und zudem einen kritikwürdigen Geheimdienst, doch das über Jahrhunderte geübte Nebeneinander von Religionen und Kulturtraditionen hielt stand und gab existentielle Sicherheit.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die Jahre der Gewalt während des Systemwechsels Ende des letzten Jahrhunderts. Das Ringen um selbstständige Nationalstaaten wurde zum Teil geprägt durch rücksichtslosen Machterwerb

selbst um den Preis kriegerischer Auseinandersetzungen. In den postjugoslawischen Kriegen der 90er Jahre wurde Überfall und Raub gerechtfertigt mit Ausgrenzungsfantasien des 19. Jahrhunderts, die schon damals Leid und Unheil über die betroffenen Menschen gebracht hatten. Es waren hasserfüllte Vorstellungen von ethnischer und religiöser Ausschließlichkeit, die mit menschenverachtenden Begriffen wie Säuberungen verbunden wurden.

Die Kriege brachten für die Menschen Tod und Vertreibung. Darüber hinaus haben sie die verlässlichen Strukturen des gesellschaftlichen Lebens zerstört. Es wurden quasi rechtsfreie Räume geschaffen, in denen sich kriminelle Elemente ausleben konnten, häufig ohne Strafverfolgung fürchten zu müssen. Der Systemwechsel zur Marktwirtschaft brachte keine demokratischen Strukturen mit sich. Die Umbruchsituation wurde von ehemaligen Funktionsträgern, inländischen wie ausländischen Firmenmanagern, Banken und Investoren benutzt, um durch den Ausverkauf des Volkseigentums wirtschaftliche Macht anzuhäufen.

Der Systemwechsel hat in allen südosteuropäischen Ländern zu einem dramatischen Ungleichgewicht zwischen einer kleinen, extrem reichen Bevölkerungsschicht, einer zunehmend verschwindenden Mittelschicht und einer stetig wachsenden armen Bevölkerungsschicht geführt. Dieses Grundmuster ist durchgängig, wenn auch in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung vorhanden. Politische Macht wird genutzt, um Besitzverhältnisse abzusichern. Natürlich fragen wir uns: „Wie kann das geschehen, wenn es doch freie Wahlen gibt?“. Die Antwort auf diese Frage verweist auf das dramatische Fehlen einer unabhängigen Presse, auf die Beeinflussung der Rechtsprechung durch Machtkartelle, die Manipulation von Wahlergebnissen z.B. durch die Fälschung von Wählerverzeichnissen und die weite Verbreitung der Korruption in allen Bereichen. Eine wachsame Zivilgesellschaft, die ein starkes Gegengewicht gegen Machtmissbrauch bilden könnte, ist erst im Entstehen.

Hier sehen wir allerdings den Hebel für unsere Arbeit: An verschiedenen Orten arbeiten wir gemeinsam mit Gruppen vor Ort daran, eine schlagkräftige, transnational orientierte Zivilgesellschaft aufzubauen, die in der Lage ist, sich zu wehren, wenn es um die Zerstörung des Naturerbes geht. Unser Netzwerk, das den großen Scheinwerfer auf dunkle Geschäfte richtet, kann schon der erste Schritt einer erfolgreichen Gegenwehr sein.

Die Verteidigung des Naturerbes in Südosteuropa findet unter dem Druck eines dramatischen Wettlaufs mit der Zeit statt. Investitionen, die keiner gesellschaftlichen Verantwortung unterliegen und die gestützt werden durch internationale Banken, greifen nach den Naturschätzen und hinterlassen großflächige Zerstörung. Obwohl auch die Ausbeuter der Natur transnational operieren, stellen wir fest, dass im Zuge des wiedererstarkenden Nationalismus gerade der Kampfbegriff der „Renationalisierung“ als Legitimationsstrategie für den Raubbau genutzt wird.

Zunächst wurde auf dem Balkan viel Geld mit dem Ausverkauf des Volkseigentums verdient, jetzt wird die Landschaft ausverkauft, über die Köpfe der Menschen hinweg, die dort leben. Es handelt sich dabei meistens um gigantische Projekte, die große Profite versprechen und die gelegentlich auch zur Geldwäsche dienen können. Eine Beteiligung der betroffenen Bevölkerung findet in der Regel nicht statt. Inländische und ausländische Großinvestoren sichern sich Rechte an der Landschaft, die sie ausbeuten wollen und auch dabei ist häufig Korruption im Spiel. Beispielhaft dafür sind die unzähligen Staudamm-Projekte für Wasserkraftwerke, die ganze Flusssysteme zu vernichten drohen, die heute noch einen hohen Natürlichkeitsgrad haben. Sie machen auch vor ausgewiesenen Nationalparks nicht Halt. Oft spielen die Politiker mit verdeckten Karten, weil die Vorgänge im Genehmigungspoker das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Ein aktueller Brennpunkt derartiger Vorgänge ist auch die Saline Ulcinj in Montenegro. Ursprünglich handelte es sich bei diesem Gebiet um eine Lagune mit Zugang zur Adria. Vor etwa 100 Jahren wurde sie in einen Salzgarten umgewandelt, dem größten an der östlichen Adria-Küste. Sie deckte 60% des Salzbedarfs im ehemaligen Jugoslawien und hatte damals mehr als 600 Beschäftigte. Neben der nachhaltigen Nutzung blieben weite Teile des 1.500 Hektar großen Areals als naturnahe Wasser- und Schlickflächen erhalten. Die Saline Ulcinj ist eines der wichtigsten Brut-, Rast und Überwinterungsgebiete für Vögel an der östlichen Adriaküste mit europaweiter Bedeutung. Auf ihrem Weg von Europa nach Afrika und zurück ziehen jährlich mehrere Mio. Vögel durch dieses ausgedehnte Feuchtgebiet.

Und hier haben sich mittlerweile Begehrlichkeiten der Tourismusindustrie entwickelt: Die Vorstellungen gehen – wie üblich – in Richtung großflächiger Bebauung. Die Saline wurde von der montenegrinischen Regierung privatisiert. Nun ist der Salinenbetrieb bereits seit vier Jahren vollständig eingestellt. Die Regierung zögert die zugesagte Unterschutzstellung des Gebietes immer weiter

hinaus. Sie verschanzt sich hinter einer Symbol- und Ankündigungspolitik - ein typisches Muster, das nichts Gutes erahnen lässt.

Mit der Verleihung des diesjährigen Naturschutzpreises an Gudrun Steinacker will EuroNatur ein starkes Signal gegen die Zerstörung der Saline Ulcinj setzen. Frau Steinacker hat sich in ihrer Zeit als deutsche Botschafterin in Montenegro vorbildlich für den Erhalt dieser Saline als Naturoase eingesetzt. Sie hat uns gezeigt, dass der diplomatische Dienst seine neutrale Haltung aufgeben kann und muss, wenn rings umher Unrecht geschieht.

Liebe Frau Steinacker, wir bewundern Ihre Aufrichtigkeit, Ihren Mut und Ihre durch Erfahrung geschärfte Klugheit. Wir fühlen uns geehrt, Sie heute auszeichnen